

biles Sicherheitsgleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau der Militärkräfte erreicht werden könnte; und es hat in den letzten Monaten eine ungewöhnliche Entfaltung von Vorschlägen beider Seiten gegeben, wie sich ein solches Gleichgewicht erreichen ließe. Bedeutet das, daß – ungeachtet einiger entgegenstehender Anzeichen – die Chancen eines Fortschritts in der Rüstungskontrolle und der Abrüstung in Europa derzeit besser sind als zu irgendeiner Zeit in der jüngsten Vergangenheit? Möglicherweise ja. Wir dürfen gewiß keine vernünftige Chance auslassen, die Möglichkeit zu prüfen. Das sind die entscheidenden Fragen, die den Debatten im Nordatlantik-Rat zugrundeliegen werden . . . Doch wird dies weder ein kurzer noch ein einfacher Prozeß sein, und während er sich hinzieht, werden wir dafür sorgen müssen, daß unsere eigenen militärischen Kräfte den Erfordernissen eines qualitativen wie mengenmäßigen Gleichgewichts auf dem bestehenden Niveau entsprechen. An diesem Punkt müssen wir uns etwas Zeit nehmen, um unseren nationalen Beitrag zu überprüfen. Die Frage, die sich mit unserem angemessenen Beitrag zur Nato befaßt, ist alt, aber deshalb in der gegenwärtigen Situation keineswegs irrelevant. Ich schlage vor, daß unsere Diskussion von drei Grundgedanken ausgehen sollte. Erstens muß unser Beitrag für die Erfordernisse der NATO, wie sie von unseren Verbündeten und uns selbst verstanden werden, relevant sein. Zweitens muß er mit dem Gesamtverständnis unserer verteidigungspolitischen Erfordernisse schon vereinbar sein. Und drittens muß er ein wirkungsvoller Hinweis darauf sein, daß die Bereiche der Sicherheit und der Wirtschaft miteinander verflochten sind. Während wir unserer Verantwortung in dem einen Bereich nachkommen, müssen wir sicher sein, daß unsere europäischen Verbündeten unseren Bedürfnissen auf dem anderen Sektor Verständnis entgegenbringen.

Was können wir gleichzeitig in anderer Hinsicht von unseren Beziehungen zu den Ländern Osteuropas erhoffen? Da der Sowjetblock an der Ansicht festhält, ideologischer Kampf zwischen Ost und West liege in der Natur der Sache, wird sich voraussichtlich in all diesen Beziehungen ein Element der Spannung finden, ob die westlichen Länder dies nun wollen oder nicht. Es gibt aber keinen Grund, warum sich diese Spannung nicht im zivilisierten Wettstreit lösen ließe. Ich selbst teile nicht den Standpunkt, daß die kommunistischen und nicht-kommunistischen Gesellschaften Europas dazu bestimmt sind, zu konvergieren, schließlich haben einige von ihnen eine dafür zu divergierende Geschichte. Es ist allerdings möglich, Wege zu sehen, auf denen viele derselben Probleme – Energieknappheit, Inflation, Verbrauchererwartungen, Umweltschutz – Druck auf jede Gesellschaft ausüben, ohne Rücksicht auf ideologische Neigung. In diesem Sinne werden sich neue Gelegenheiten für eine Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas eröffnen, ungeachtet ideologischer Unterschiede. Da die Beziehungen mit diesen Ländern an Inhalt gewonnen haben, ist es in der Tat schwierig, sie über einen Kamm zu scheren. Vor kurzem hat Kanada erstmals in größerem Umfang Erzeugnisse der Hochtechnologie in Osteuropa verkauft; Nuklear-Anlagen an Rumänien, Papier- und Zellstoff-Technologie an die Tschechoslowakei und Polen. Andernorts ist der Fortschritt stetig, wenngleich weniger spektakulär.

Und umgekehrt finden diese Länder, die historisch gesehen keine wichtigen Handelspartner mit Kanada gewesen sind, bessere Möglichkeiten, ihre Erzeugnisse auf dem ihnen unvertrauten kanadischen Markt zu verkaufen – denken sie nur an die „Lada“-Wagen. Auch bei den menschlichen Kontakten – Familien-Zusammenführung, Familienbesuche, Visafragen und ähnliches – entzieht sich der Fortschritt einer Generalisierung. So gibt es bei manchen Ländern Osteuropas beispielsweise die Familienzusammenführung als Problem praktisch nicht mehr, während wir es bei anderen anscheinend mit einem harten Kern von Starrköpfigkeit zu tun haben. Trotz großer Bemühungen haben wir immer noch keine zufriedenstellenden konsularischen Vereinbarungen mit diesen Ländern geschlossen. Ein grundlegendes Hindernis ist die zweifache Staatsbürgerschaft, wo eine Brücke über eine breite Kluft in den rechtlichen und sozialen Systemen gefunden werden muß. Dies ist ein Problem, mit dem sich Tausende von Kanadiern intensiv beschäftigen, wie Reaktionen in diesem Land auf kürzlich vorgenommene Veränderungen sowjetischer und tschechoslowakischer Staatsbürgerschaftsgesetze zeigten. Aber wir bestehen auf Verhandlungen, und ich habe keineswegs die Hoffnung aufgegeben, die konsularischen Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern auf eine befriedigende Grundlage zu stellen.

Diese und andere Fragen werden gemeinsam angesprochen werden, wenn die Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki sich im nächsten Jahr in Madrid auf der Nachfolgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa treffen. Kanada wird berichten können, daß sich in der Durchführung der Vorkehrungen der Schlußakte hier und da ein nützlicher, wenn auch bescheidener Fortschritt feststellen läßt, zu dem wir unseren Teil beitragen. Gleichzeitig werden wir ohne Zweifel auf die ernsthaften Versäumnisse der Durchführung hinweisen, die die Urkunde beeinträchtigen, und noch einmal die Regierungen auffordern, die Verpflichtungen zu respektieren, die sie selbst durch die freiwillige Unterschrift unter die Schlußakte übernommen haben. Wir haben die schwierige Aufgabe, andere davon zu überzeugen, daß unser Eintreten für die Menschenrechte keine verschleierte Programme zur Erschütterung der Regime Osteuropas sind, sondern eine Bitte, die individuellen Freiheiten zu respektieren, die in einer Reihe internationaler Urkunden, einschließlich der Schlußakte von Helsinki fixiert sind. Anders kann die öffentliche Unterstützung der Entspannung im Westen nicht aufrechterhalten werden. In der Öffentlichkeit und im Parlament besteht ein starkes Interesse an den Vorbereitungen für das Madrider Treffen, von dem ich hoffe, daß in seinem Brennpunkt auch der Rahmen unserer außenpolitischen Überprüfung stehen wird.

Deshalb schließe ich, wie ich begonnen habe, mit der Überprüfung unserer Außenpolitik. Dies ist sicher ein geeigneter Zeitpunkt, um hinsichtlich unserer Beziehungen mit Europa Inventur zu machen. Ich habe vorgeschlagen, daß dies eine Bewertung sein sollte, die auf der Bejahung unserer grundlegenden Freundschaft gründet und nach neuen und innovativen Wegen sucht, die zu beschreiten sind. Ich lade Sie ein, Sie und Ihre Kollegen im Lande, ein wichtiger und aktiver Mitwirkender an diesem Prozeß zu sein.